

1. Antragsteller

1. Konto-/Depotinhaber / Ehegatte

2. Konto-/Depotinhaber / Ehegatte

Kunden-Nr. ¹⁾		Kunden-Nr. ¹⁾	
Zuname		Zuname	
Vorname / Titel		Vorname / Titel	
Straße / Haus-Nr.		Straße / Haus-Nr.	
Land		Land	
PLZ		PLZ	
Ort		Ort	
Geburtsdatum		Geburtsdatum	

2. Antrag

Ich beantrage den Einbehalt der Kirchensteuer **als Einzelperson.** ²⁾

Wir beantragen den Einbehalt der Kirchensteuer **als Ehegatten.** ³⁾ Die Kapitalerträge sollen in folgendem Verhältnis aufgeteilt werden:

Bei gemeinschaftlichen Konten und Depots von Ehegatten soll eine hälftige Aufteilung der Kapitalerträge erfolgen.

Bei Bedarf ankreuzen: Ich wünsche eine andere Aufteilung: Ehegatte 1 % / Ehegatte 2 %

Wir beantragen den Einbehalt der Kirchensteuer **als sonstige Personenmehrheiten** (außer Ehegatten) ⁴⁾

3. Religionszugehörigkeit

Ich/Wir beantrage(n) folgende Kirchensteuer für sämtliche bei der Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold eG geführten (und gegebenenfalls zukünftig eröffneten) privaten Konten und Depots ab dem 01.01. ⁵⁾ einzubehalten.

1. Konto-/Depotinhaber / Ehegatte		Kirchensteuer für	2. Konto-/Depotinhaber / Ehegatte	
Kirchensteuersatz 8 % (Steuerlicher Wohnsitz in Bayern, Baden-Württemberg)	Kirchensteuersatz 9 % (Steuerlicher Wohnsitz in anderen Bundesländern)		Kirchensteuersatz 8 % (Steuerlicher Wohnsitz in Bayern, Baden-Württemberg)	Kirchensteuersatz 9 % (Steuerlicher Wohnsitz in anderen Bundesländern)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Evangelische Kirchensteuer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Römisch-katholische Kirchensteuer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Altkatholische Kirchensteuer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>		Israelitische Bekenntnissteuer (Bayern)	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	Israelitische Kultussteuer Frankfurt		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	Jüdische Kultusgemeinden Koblenz und Bad Kreuznach		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	Synagogengemeinde Saar		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	Jüdische Kultussteuer (Hamburg)		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	Jüdische Kultussteuer (Nordrhein-Westfalen)		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	Freireligiöse Gemeinde Mainz		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	Freireligiöse Gemeinde Offenbach/M.		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>		Freireligiöse Landesgemeinde Baden	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	Freireligiöse Landesgemeinde Pfalz		<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	Freireligiöse Landesgemeinde Alzey		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>		Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg	<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>		Israelitische Religionsgemeinschaft Baden	<input type="checkbox"/>	
	<input type="checkbox"/>	Israelitische Kultussteuer der kultusberechtigten Gemeinden (Hessen)		<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>		Kein Kirchensteuer-Einbehalt	<input type="checkbox"/>	

4. Unterschrift

Datum

Unterschrift 1. Konto-/Depotinhaber / Ehegatte /
gesetzlicher Vertreter

Unterschrift 2. Konto-/Depotinhaber / Ehegatte /
gesetzlicher Vertreter

¹⁾ Kundennummer: Dies ist Ihre Kontonummer ohne die letzten beiden Ziffern.

²⁾ Bei Minderjährigen durch die gesetzlichen Vertreter

³⁾ Bei Ehegatten: siehe Punkt 2 der Hinweise auf der Rückseite

⁴⁾ Bei Personenmehrheiten: siehe Punkt 3 der Hinweise auf der Rückseite

⁵⁾ Ab 01.01. des Folgejahres bzw. ab 01.01. des laufenden Jahres, sofern noch keine Erträge geflossen sind.

Bankintern: Erfasst am _____
ID _____ Hdz _____

Hinweise zum Antrag auf Einbehalt der Kirchensteuer:

1. Allgemeine Hinweise

1.1 Antragstellung

Ab 2009 behält das Kreditinstitut auf schriftlichen Antrag Kirchensteuer als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer auf Rechnung des oder der Gläubiger(s) der Kapitalerträge (Antragsteller) ein.

Das Kreditinstitut kann Kirchensteuer nur aufgrund eines vorliegenden Antrags einbehalten. Bei Änderungen (z.B. der Religionsgemeinschaft, des Kirchensteuersatzes oder des Aufteilungsverhältnisses bei Ehegatten) ist ein neuer Antrag zu erteilen. Der Widerruf des Antrags kann nur schriftlich erklärt werden. **Änderungen während des Jahres können nur mit Wirkung ab dem Folgejahr berücksichtigt werden.** Die Kirchensteuer kann in diesen Fällen nur in der Steuerveranlagung durch das Wohnsitzfinanzamt in der vom Gesetz vorgesehenen Höhe festgesetzt werden; ggf. zuviel erhobene Kirchensteuer wird auf diesem Wege erstattet (§ 51a Abs. 2d EStG).

Liegt dem Kreditinstitut kein Antrag vor, wird die Kirchensteuer nicht durch das Kreditinstitut einbehalten. In diesem Fall muss der kirchensteuerpflichtige Anleger die vom Kreditinstitut einbehaltene Kapitalertragsteuer zum Zwecke einer Kirchensteuerveranlagung nach § 51a Abs. 2d EStG gegenüber seinem Wohnsitzfinanzamt erklären, soweit die Kapitalerträge nicht im Rahmen einer Einkommensteuerveranlagung (z.B. auf Antrag) berücksichtigt werden.

1.2 Für welche Arten von Konten und Depots gilt der Antrag?

Der Antrag gilt einheitlich für alle auf den Namen des Antragstellers geführten Konten und Depots. Ausgenommen sind Konten und Depots mit Gläubigervorbehalt (Treuhandkonten, Mietkautionkonten, Konten von Wohnungseigentümergeinschaften usw.) sowie betriebliche Konten und Depots, die dem Kreditinstitut als solche angezeigt wurden.

Besonderheiten bestehen bei Ehegatten (siehe Ziffer 2) und bei anderen Konten und Depots, an denen mehrere Personen beteiligt sind (siehe Ziffer 3).

2. Besonderheiten bei Anträgen von Ehegatten

Der Antrag kann - als Antrag einer Einzelperson - von einem Ehegatten für die auf seinen Namen geführten Einzelkonten und Einzeldepots gestellt werden. Es empfiehlt sich, wenn beide Ehegatten bei der Bank Einzelkonten oder Depots unterhalten, einen gemeinschaftlichen Antrag zu stellen. Ein gemeinschaftlicher Antrag muss gestellt werden, wenn die Ehegatten neben Einzelkonten und -depots auch (oder ausschließlich) gemeinschaftliche Konten und/oder Depots haben.

Sofern Ehegatten einen gemeinschaftlichen Antrag stellen, ist dieser von beiden Ehegatten zu unterschreiben. Der gemeinschaftliche Antrag gilt dann sowohl für die Einzel- als auch für die gemeinschaftlichen Konten und Depots. Zuvor erteilte Einzelanträge gelten mit Erteilung des gemeinschaftlichen Antrags als widerrufen.

Für die gemeinschaftlichen Konten oder Depots ist ein Aufteilungsverhältnis für die gutgeschriebenen Kapitalerträge anzugeben. Die Kapitalerträge werden entsprechend dem Aufteilungsverhältnis aufgeteilt und die Kirchensteuer wird einbehalten, soweit ein Anteil an den gemeinschaftlichen Kapitalerträgen einem kirchensteuerpflichtigen Ehegatten zuzuordnen ist. Werden zu dem Aufteilungsverhältnis keine Angaben gemacht, wird das Kreditinstitut eine hälftige Aufteilung vornehmen.

Liegen für einen der Ehegatten keine Angaben über die Zugehörigkeit zu einer der genannten Religionsgemeinschaften vor, wird insoweit keine Kirchensteuer einbehalten.

3. Besonderheiten bei Anträgen für Konten und Depots von Personenmehrheiten

Bei Konten und Depots, die für eine Personenmehrheit – nicht jedoch Ehegatten (hier gilt Ziffer 2) - geführt werden (z.B. Investmentclub), kann Kirchensteuer nur einbehalten werden, wenn alle Beteiligten derselben – im Antrag aufgeführten - Religionsgemeinschaft angehören und derselbe Kirchensteuersatz anzuwenden ist.

Der Antrag ist entweder von allen Mitgliedern der Personenmehrheit oder von einem bevollmächtigten Vertreter der Personenmehrheit zu unterzeichnen. Der Antrag erfasst sämtliche Konten und Depots, die für ein und dieselbe Personenmehrheit geführt werden.

Gehören die an einer Personenmehrheit beteiligten Personen nicht alle derselben Religionsgemeinschaft an bzw. sind unterschiedliche Kirchensteuersätze anzuwenden, ist eine Antragstellung nicht möglich. In diesem Fall muss der kirchensteuerpflichtige Beteiligte die vom Kreditinstitut einbehaltene Kapitalertragsteuer entsprechend seinem jeweiligen Anteil zum Zwecke einer Kirchensteuerveranlagung nach § 51a Abs. 2d EStG gegenüber seinem Wohnsitzfinanzamt erklären, soweit die Kapitalerträge nicht im Rahmen einer Einkommensteuerveranlagung (z.B. auf Antrag) berücksichtigt werden.

4. Besonderheiten bei Investmentfonds

Bei thesaurierenden Fonds ist mangels Geldzufluss beim Anleger - trotz Antragstellung - ein Kirchensteuereinbehalt durch das Kreditinstitut gesetzlich nicht vorgesehen. In diesem Fall können weitere Angaben in der Einkommensteuererklärung erforderlich sein.

5. Höhe des Kirchensteuersatzes bei Wohnsitz in verschiedenen Bundesländern

Bei mehrfachem Wohnsitz ist für den Kirchensteuersatz auf das Bundesland abzustellen, in dem sich der vorwiegend genutzte Wohnsitz befindet, bei verheirateten nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten ist auf das Bundesland abzustellen, in dem sich der vorwiegend benutzte Familienwohnsitz befindet. Dieser kann von der beim Kreditinstitut geführten Anschrift abweichen.